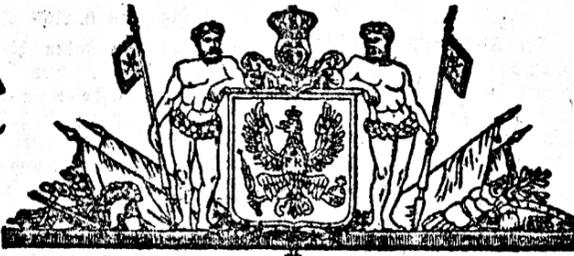


Woffische



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin. * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Funkspruchwechsel zwischen Foch und der deutschen Obersten Heeresleitung.

Berlin, 7. November. (AmM.)

Folgender Funkspruch ist diese Nacht von deutscher Seite hinausgegangen:

Die deutsche Oberste Heeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marschall Foch: -Nachdem die deutsche Regierung im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten benachrichtigt worden ist, daß Marschall Foch ermächtigt ist, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Bevollmächtigte ernannt worden: General der Infanterie v. Guendell, Staatssekretär Erzberger, Gesandter Graf Oberndorff, General von Winterfeld, Kapitän z. S. Vanselow.

Die Bevollmächtigten bitten um Mitteilung durch Funkspruch, wo sie mit Marschall Foch zusammentreffen können. Sie werden begleitet sein von Kommissaren und Dolmetschern nebst Interpersonal und im Kraftwagen an dem zu bezeichnenden Orte eintreffen.

Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten vorläufige Waffenruhe eintreten könnte.

Marschall Foch hat darauf geantwortet: An das deutsche Oberkommando von Marschall Foch.

Wenn die deutschen Bevollmächtigten mit dem Marschall Foch wegen des Waffenstillstandes zusammentreffen wollen, müssen sie sich bei den französischen Vorposten auf der Straße Chimay-Journies-La Capelle-Guise einfinden. Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu geleiten.

Die Waffenstillstands-Kommission ist, wie verlautet, im Großen Hauptquartier eingetroffen.

Die Mitglieder der Friedenskommission sind noch nicht bestimmt, es werden ihr aber mehrere Sozialdemokraten, u. a. Unterstaatssekretär Dr. David, angehören.

os Rotterdam, 7. November.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Man hält es in London nicht für wünschenswert, Betrachter über die an Deutschland zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen anzustellen. In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die Friedensbedingungen nicht hart seien, und daß sie den englischen Extremisten nicht behagen werden.

sk Bern, 7. November.

In englischen politischen Kreisen wird die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der Entente und Deutschland als nahe bevorstehend gehalten. Man glaubt bestimmt, daß sie nicht über Mitte November hinaus dauern werden.

Die höflichen Machenschaften in Wien.

Drahtmeldung unseres Berichterstatters Karl Lahn.

kl Wien, 6. November.

Die mit den höflichen Kreisen und ihrem österreichischen Anhang im Fühlung stehende Presse, die für die Dynastie eintritt, arbeitet mit höchst sonderbaren Mitteln, als ob das Schicksal Deutschlands den Wiener Staatsmännern des alten Oesterreich nicht zum mindesten einige Zurückhaltung auferlegen müßte. In den offiziellen Blättern beginnt eine Kampagne, die zugleich das Kaiserhaus und die Waffenstillstandsbedingungen der Entente dadurch zu rechtfertigen sucht, daß alle Schuld am Kriegsausbruch und insbesondere an der angeblich barbarischen Kriegführung auf Deutschland abgelenkt wird. So läßt sich die „Reichspost“, die heute die fette Ueberschrift trägt: „Die Allgen-Kampagne gegen das Kaiserhaus am Pranger“, ein sehr bezeichnendes diplomatisches Interview aus Zürich telegraphieren, das jedem aufrichtig denkenden Oesterreicher die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Darin heißt es:

„Diesenjenigen, die gegen die Entente und diesen Waffenstillstand Vorwürfe erheben, dürfen nicht vergessen, in welcher schwieriger Lage sich die Alliierten und die Vereinigten Staaten gegenüber Oesterreich-Ungarn befinden. Es sei bereitwillig zugegeben, daß Oesterreich-Ungarn nicht der Urheber des Krieges war. Es werde auch nicht verkannt, daß die Kriegführung Oesterreichs völkerverächtlich — abgesehen von der Mitwirkung österreichisch-ungarischer Artillerie an den ersten Tagen beim Einbruch in Belgien und der Beteiligung am U-Bootkrieg — eine einwandfreie und der Tradition dieser Monarchie angemessene war, und daß bei dem Einbruch in Belgien die österreichisch-ungarische Artillerie deutschen Kommandeuren unterstellt war. Die Alliierten wissen auch, daß nicht Oesterreich-Ungarn der Träger dieses Imperialismus war, und wußten, daß Oesterreich-Ungarn nicht mit Eroberungsabsichten in den Krieg gezogen ist. Der imperialistische Drang Deutschlands nach Süden und Osten ist der eigentliche Erreger dieses Krieges. Solange die Alliierten nicht sicher sind, daß Deutschland seinen Machtkreis an der Donau über die Alpenkette vorschiebt, solange müssen die Alliierten daran festhalten, daß ein breiter Gürtel zwischen Deutschland und sein künftiges Angriffsziel geschoben wird. Die Befestigung Tirols bis zum Brenner, das Vortragen der Demarkationslinie bis an die Ränder des Saubenedens hat nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Bedeutung. Es ist kein Zweifel, daß der dauernde Besitz eines so großen Gebiets nicht-italienischer Nationalität für Italien eher eine Verlegenheit als eine Bereicherung wäre. Ein französischer General sagte mir dies mit den Worten: „Die Franzosen wissen aus unserer Kriegsgeschichte einiges über Tirol. Es ist damit nicht zu spaßen. Die Italiener machen Ungehelichkeiten, wenn sie in Tirol zu gleich sind. Tirol bis zum Brenner in italienischem Besitz ist ein „cambarras de richesse“. Aber was soll geschähen? Italien wird sich dieser Aufgabe unterziehen müssen, wenn die Gefahr besteht, daß künftig Deutschland seine Grenze bis über den Brenner und die Alpenkette hinaus nach Bozen spannen könnte.“ Es ist nun die Wahl, entweder Deutsch-Oesterreich zu zerstückeln oder ihm seine politische Selbstständigkeit und Freiheit zu ermöglichen. Die Entente hat diesen Krieg nicht geführt, um Deutschland die Alpenkette in die Hand zu geben, und es heißt uns viel zumuten, wenn man glaubt, daß die Entente die Friedensbedingungen für die Deutsch-Oesterreicher und auch für Deutschland selbst erleichtern könnte, weil wir so große Vorteile errungen haben, wie sie die Gründung des südslawischen Staates am Mittelmeer und die Verperrung des Weges nach Bagdad für Deutschland und die Kräftigung der auf die Autorität der Alliierten gestützten Staatswesen in Syrien und Mesopotamien bedeuten. Es liegt in der Hand der Deutschen, diese Friedensbedingungen zu mildern.“

Was der Züricher Diplomat damit sagen will, daß es in der Hand der Deutschen selbst liege, die Friedensbedingungen zu lindern, verstehen wir nicht, wenn er nicht etwa hat sagen wollen, daß unter allen Umständen auf den Plan eines Zusammenschlusses der

Bayerische Truppen in Tirol.

Drahtmeldung.

Salzburg, 6. November.

Heute nachmittag trafen hier bayerische Truppen in einer Stärke von ungefähr zwei Bataillonen ein, die ihre Fahrt ins Gebirge fortsetzen wollten. Die Feldtransportleitung verweigerte die Weiterbeförderung. Hierauf begab sich ein bayerischer Offizier zu dem Militärstationskommandanten und forderte die Freigabe des Schienenweges. Der Militärstationskommandant verweigerte dies und legte, als der Offizier auf seinem Verlangen beharrte, gegen den Durchzug bayerischer Truppen Protest ein. Auch der Nationalrat legte schriftlich Verwahrung gegen den Durchzug bayerischer Truppen ein. Die Bayern setzten sodann die Fahrt in der Richtung Schwarzach-St. Veit fort.

ir Wien, 7. November.

Hier wird erklärt, das österreichisch-ungarische Oberkommando habe gegen den Durchmarsch der deutschen Truppen durch Tirol und andere österreichische Gebiete bei der deutschen Heeresleitung Protest erhoben. Das österreichische Ministerium des Aeußern habe gleichfalls gegen diesen Schritt, der ihr vorher nicht bekanntgegeben wurde, Einspruch erhoben unter der Begründung, daß die deutsche Regierung mit dieser Aktion eine schwere Verantwortung auf sich geladen habe, da hierdurch der von der Entente mit Oesterreich abgeschlossene Waffenstillstand gefährdet werde. Die Nachricht über den Einmarsch erregte in der Nachmittagsitzung des deutsch-österreichischen Staatsrats außerordentliches Aufsehen. Als aber dann die Berliner amtliche Meldung eintraf, wonach Delegierte der Obersten deutschen Heeresleitung zu Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen abgereist seien, trat eine ruhigere Beurteilung der Lage ein. Allgemein wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß sich die Ereignisse in Nordtirol ohne größere Reibungen abspielen werden, und daß die im Gange befindlichen direkten Waffenstillstandsverhandlungen Deutschlands mit der Entente diese Ereignisse zu einem raschen Abschluß führen müssen. In Wien ist auch die Nachricht eingelaufen, daß der Salzburger Landesrat gleichfalls Protest erhoben habe.

Den Einmarsch reichsdeutscher Truppen in das Gebiet des deutsch-österreichischen Staates soll, wie wir hören, auf die Notwendigkeit zurückzuführen sein, Schutzmaßnahmen gegen die durch von der Front zurückgekehrte österreichisch-ungarische Truppen hervorgerufene Unsicherheit zu ergreifen. Man muß vor allem unbedingt erwarten, daß die militärischen Maßnahmen sich sorgfältig in dem durch diesen Zweck vorgezeichneten Rahmen halten. Es ist jedenfalls sehr bedauerlich, daß durch dieses Einschreiten eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich entstanden ist; und man würde vielleicht besser getan haben, die ohne weiteres verständlichen Bedenken der Deutsch-Oesterreicher gegen den reichsdeutschen Einmarsch und ihre sich daran knüpfenden Befürchtungen für den Waffenstillstand mit der Entente vorher in Erwägung zu ziehen oder doch zumindest zu hören.

Wiederaufnahme der Reichstags-Sitzungen.

Präsident Fehrenbach hat zu heute nachmittag alle Fraktionsvorsitzenden zu sich geladen. Er wird ihnen vorschlagen, die nächste Reichstagsitzung am kommenden Mittwoch abzuhalten und neben der allgemeinen politischen Aussprache die neuen Kriegskredite und das Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft zu beraten. Der Präsident rechnet mit einer Tagungsdauer von drei Sitzungen. Die Fraktionen der Mehrheitsparteien haben Sitzungen auf Donnerstag anberaumt. Ebenso tritt am Donnerstag wieder der interfraktionelle Ausschuss zusammen. Die nächste Fraktionsitzung der Sozialdemokratie ist auf Donnerstag abend 8 Uhr anberaumt. Heute beschäftigte sich der interfraktionelle Ausschuss mit der Waffenstillstandsfrage und den preussischen Reformfragen.

Wie verlautet, sind die Versammlungen, die von den Berliner „Unabhängigen“ heute aus Anlaß des Jahrestages der russischen Revolution einberufen waren, verboten worden. Ohne Zweifel ist ein solches Verbot eine höchst bedenkliche Maßnahme von ernstester politischer Tragweite, die auch dann unter die Verantwortung der Reichsleitung fallen würde, wenn sie von einer leitenden militärischen Stelle ausginge.